

**Khalidi, Rashid: The Iron Cage. The Story of the Palestinian Struggle for Statehood.** Beacon Press: Boston 2006. 281 pp.

In einem Beitrag für die „London Review of Books“ schrieb Rashid Khalidi im August 2007, dass sich im Nahen Osten alles wie Teil eines riesigen kosmischen Kampfes zwischen den USA und den sogenannten Gemäßigten auf der einen und terroristischen Extremisten auf der anderen Seite ausnehme. Danach sei Iran dasselbe wie „ Hamas“, die sei dasselbe wie „Hisbollah“, die sei dasselbe wie „al-Qaida“, und die schließlich sei dasselbe wie Saddam Hussein. Diese Betrachtungsweise treibe die US-Politik im Nahen Osten an und trage für die Schaffung und die Verschärfung einer ganzen Reihe von Konflikten die Verantwortung. Für den 1950 in eine palästinensisch-libanesisch-libanesisch Familie in New York hineingeborenen Autor, der an der Columbia University das „Middle East Institute“ leitet, haben sich die USA in Allianzen mit reaktionären, obskurantistischen und illiberal-islamistischen Kräften verfangen. Den Amerikanern müsse klar werden, dass diese Einstellung katastrophale Folgen im Irak, in Afghanistan, in Palästina und in anderen Teilen der arabischen und islamischen Welt nach sich gezogen habe. In diese unheilige US-Logik sieht Khalidi auch Israel eingebettet, das in den 1980er Jahren „ Hamas“, den palästinensischen Ableger der ägyptischen Moslebruderschaft, als Gegengewicht zur PLO unterstützt habe: Der Boykott der Islamischen Widerstandsbewegung trifft heute alle Teile des palästinensischen Volkes.

Diese Ausblendung und Verleugnung der arabischen Gesellschaft Palästinas, die der nachmalige zweite Staatspräsident Israels, Yitzhak Ben-Zvi (1952 – 1963), als Banditen, Räuber, Betrüger und Plünderer bezeichnete<sup>1</sup>, sieht Khalidi schon in der britischen Mandatszeit angelegt: Sie sei in eine Art „eisernen Käfig“ eingesperrt worden, aus dem sie sich bis heute nicht habe befreien können. Doch im Gegensatz zu den zahllosen Publikationen, in denen die Verantwortung allein den Zionisten – und den Briten nur insofern, als sie auch in dieser Region ihren imperialistischen Ambitionen zu fröhnen suchten – und Israel als nahöstlichem Statthalter Amerikas zugeschoben wird, legt Khalidi auch die gravierenden Fehlentscheidungen der arabisch-palästinensischen Führungsetagen offen, mit untauglichen Mitteln dem Ziel der nationalen Selbständigkeit näherkommen zu wollen. Dabei seien sie in mancherlei

Hinsicht keineswegs hilflos gewesen und hätten viele Alternativen zur Verfügung gehabt. Trotz der schweren Bedrohung, die sie für die Briten und die zionistische Bewegung darstellten, lautet eine zentrale Frage Khalidis, ob die Staatlichkeit das bestimmende Ergebnis für ein Volk sei, das sich trotz seiner klar definierten nationalen Identität unfähig erwiesen habe, dauerhafte und lebensfähige Strukturreformen zu entwickeln und ein nationales Territorium zu kontrollieren, in dem diese Selbständigkeit hätte Platz greifen können. Seien wir vielleicht, fragt der Autor, von dieser Idee zu besessen, so dass wir eine Voreingenommenheit zugunsten eines Staates an den Tag legen, den wir in der Nachfolge der Hegelschen Naturrechtsphilosophie mit der Gefahr einer „Staatsvergottung“ ins Zentrum des historischen Narrativs stellen? Antworten darauf muss der Wissenschaftler schuldig bleiben.

Aber Khalidi sucht nach Erklärungen, warum die Palästinenser im Vergleich zu anderen arabischen Ländern, die ebenfalls unter dem Mandat des Völkerbundes standen, im Gegensatz zum „*Yishuv*“ ihre nationalen Bestrebungen nicht realisieren konnten. Dabei verweist er zunächst auf die ihnen auferlegten konstitutionellen Vorgaben im Text der Mandatsurkunde, die ihnen zwar bürgerliche und religiöse, nicht jedoch nationale und politische Rechte zuerkannte, bis ihnen das britische Weißbuch als Ergebnis der Konferenz im Londoner St. James Palace am Vorabend des Zweiten Weltkrieges erstmals die Unabhängigkeit nach zehn Jahren in Aussicht stellte. Doch da hatten die arabischen Regierungen die palästinensische Führung politisch und personell an den Rand gedrängt, und die zionistische Bewegung verfügte längst über international anerkannte diplomatische Vertretungen. Palästina verkörperte mithin eine „auffallende Anomalie“ in der A-Klasse der Völkerbundsmandate, in der auch Libanon, Syrien und das Emirat Transjordanien hierarchisch an der Spitze der in die politische Freiheit zu führenden Länder standen.

Khalidi macht mehrere hausgemachte Faktoren für das Scheitern verantwortlich – desto abstruser sind Vorwürfe aus dem Lager John McCains, das den Freund Barack Obamas als Neonazi verleumdet haben soll<sup>2</sup>. Trotz eindeutiger demographischer Vorteile bei gleichzeitiger hoher Alphabetisierungsrate und einer beachtlichen Wirtschaftskraft, die sich aus ihr ableitete, rechnet Khalidi zu den palästinensischen Versäumnissen jene, parastaatliche Strukturen, repräsentative Institutionen und eine

Armee aufzubauen, die der Gegenseite hätten Paroli bieten können. Hinzu kamen die Widersprüche aufgrund schwerwiegender interner Differenzen („hopelessly divided internally“, urteilt er), die bis heute nicht ausgeräumt sind<sup>3</sup>; die endgültig aufflammende Rivalität zwischen „Fatah“ und „ Hamas“ nach dem „Herbst des Patriarchen“ (dem Tod Arafats im November 2004) ist nur die Spitze des Eisberges. Die palästinensische Führung – hier schließt sich Khalidi anderen Untersuchungen an – war von traditionellen Eliten oder Notabeln beherrscht oder weigerte sich, die juristischen und konstitutionellen Zwänge zu überwinden, die ihnen Großbritannien auferlegte, bis sie zu, wenn auch geringfügigen Revisionen gezwungen war, und da seien sie wahrscheinlich zu spät gekommen: Die jüdische nationale Heimstätte war virtuell bereits ein Faktum, und nach den Worten Amin el-Husseini suchte London die Zusammenarbeit „zu unserem Nachteil“.

Aus dieser 1930 geäußerten Einsicht blieb der vom britischen Hochkommissar Herbert Samuel neun Jahre zuvor eingesetzte Mufti von Jerusalem jedoch die Konsequenz schuldig. Der „Supreme Muslim Council“ sollte ihm eine persönliche Basis der politischen Handlungsfreiheit verschaffen. Wenn ihm seine Mitstreiter unbequem wurden, wurden sie neutralisiert oder ausgeschaltet; Khalidi vergleicht diese Taktik mit der „Zwielicht-Ära“ Arafats und seinem Übergewicht in der palästinensischen Nationalbewegung. Wer zum Vergleich die Sitzungsprotokolle zionistischer Institutionen aus damaliger Zeit und die dazu vorliegenden Veröffentlichungen einsieht, wird der scharfen Auseinandersetzungen zwischen den jüdischen Parteien und Interessengruppen gewahr, die erst nach dem Machtantritt der NSDAP in Deutschland beim Ziel der Schaffung des eigenen Staates politisch an einem Strang zogen – obwohl David Ben-Gurion 1937 vor der britischen Peel-Kommission das Gegenteil behauptete und die Zukunft des „jüdischen Nationalheims“ als Glied in die „englische Völkergemeinschaft“ einbringen wollte<sup>4</sup>. Doch die schrittweise Entrechtung der deutschen Juden und Hitlers mörderischer Antisemitismus schienen endgültig das zionistische Ethos vom jüdischen Scheitern der politischen und gesellschaftlichen Anerkennung „unter den Völkern“ zu bestätigen, so dass um der nationalen Ziele willen auch Mittel am Rand der Legalität als legitim betrachtet wurden. Davon machte auch die arabische Seite Gebrauch, doch mit weit geringerem Erfolg, die Opposition gegen die Briten zu organisieren. Zudem nahm sie die Ankömmlinge aus Mitteleuropa

nicht als Flüchtlinge vor der Verfolgung wahr, sondern als arrogante Eindringlinge:

*„The idea of mobilizing the Arab population of Palestine against the British on a sustained basis was thoroughly alien to most of them [the leadership], for notwithstanding their modern Western education, they were deeply imbued with the top-down traditions that permeated Arab society and the Ottoman political system, and were strongly influenced by their upper-class origins, and by the networks of ties with the British mandatory authorities that had developed since 1920. When such mobilization took place, it was generally spontaneously generated, and came from below, that was orchestrated by this elite. This was true of the earliest outbreaks of violence against the yishuv and the British, in 1920, 1921, and 1929, and of the great Palestinian revolt of 1936–39.”*

Vermutlich sei die Geduld der Eliten auch von dem Glauben abhängig gewesen, meint Khalidi, dass die Briten früher oder später zur Vernunft kommen und mit ihnen, den Arabern, als den „natürlichen Machthabern“ des Landes das Einvernehmen suchen würden. Deshalb wurde lange Zeit eine Doppelstrategie vorgehalten: Während auf privater Ebene freundschaftliche Beziehungen zu den Angehörigen der Mandatsverwaltung unterhalten wurden, gab man ihre Politik der öffentlichen Verdammung preis. Das bittere Erwachen erfolgte im Großen Arabischen Aufstand, der 1936 mit einem sechsmonatigen Generalstreik begann und die Palästinenser ihrer politischen Führungskader beraubte, weil London hart durchgriff, als sein Militär im September des folgenden Jahres die Kontrolle auf dem Land und in großen Städten zu verlieren drohte, so in der Jerusalemer Altstadt, in Jaffa, Akko, Jericho und Beersheva (Bir Sabe'). Die Altstadt von Jaffa wurde gesprengt. Tausende kamen bei den Kämpfen ums Leben, wurden verhaftet und auf den Seychellen interniert. Durch den Henker wurden 112 Personen zwischen 1937 und 1939 exekutiert<sup>5</sup>. Husseini selbst flüchtete nach Beirut, bevor er bei Hitler in Berlin eintraf und international als Paria abgestempelt war.

Das arabische Palästina erholte sich politisch und moralisch von diesen Niederlagen nicht. In Syrien, Libanon und Ägypten gingen Menschen aus Solidarität auf die Straße – mit dem Ergebnis, dass sich ihre Regierungen paternalistisch aufspielten. Diese Bevormundung hielt jahrzehntelang an,

bis die 1964 gegründete PLO ihren Konsolidierungsprozess abgeschlossen hatte und zur anerkannt einzigen und legitimen Vertretung der Palästinenser aufstieg, was die arabische Gipfelkonferenz Ende Oktober 1974 in Rabat beglaubigte, nicht zuletzt um Arafats ständige Versuche abzufangen, die Mitgliedsstaaten zu Interventionen gegen Israel zu veranlassen – mit der Anerkennung der PLO war gleichzeitig ihre fortwährende Abhängigkeit bestätigt. An neue Kriegsabenteuer war nicht zu denken. Der Oktoberkrieg lag ein Jahr zurück, Henry Kissingers Pendeldiplomatie hatte Anfang 1974 das erste Truppenentflechtungsabkommen für den Sinai durchgesetzt und bemühte sich mit Erfolg bis Ende Mai um ein solches für die Golanhöhen.

Mit Arafats Auftritt vor der UN-Vollversammlung Mitte November 1974 kehrte Palästina auf die Landkarte der internationalen Politik zurück, doch blieb der „Raís“ nach innen und außen eine umstrittene Erscheinung:

*„Yasser Arafat, an easily caricatured figure, who did not arouse sympathy in most Western, and many Arab, observers, readily lent himself to the personification of everything relating to Palestine. Indeed, in some measure he encouraged it. He was egocentric, revealed in attention, and was jealous of rivals. He worked tirelessly to keep all the strings controlling Palestinian politics, particularly the financial ones, in his hands alone. ...his notorious tendency to create duplicate lines of authority (and often duplicate structures, notably within the security services), his systematic undermining of administrative routine, and his general preference for controlled chaos over order, can be faulted in part, but in part alone, for the Palestinian's failure to move much further than they had during the Mandate period toward a stable, unified quasi-state structure.“*

Als Khalidi von der PLO zur Vorbereitung der internationalen Friedenskonferenz in Madrid und zu den nachfolgenden israelisch-palästinensischen Gesprächsrunden in Washington als Berater herangezogen wurde, lernte er aus erster Hand das ganze Ausmaß der mangelnden internen Vorbereitungen kennen:

*„What came immediately apparent to members of the group was that what little advanced planning the PLO had done for the eventuality of negotiations with Israel and statehood thereafter was virtually worthless,*

*and that it covered hardly any eventualities. Nearly twenty years after the PLO had begun moving toward a two-state solution, and nearly four years after the 1988 Palestinian declaration of statehood and independence, it transpired that almost nothing had been done to prepare for the moment when independence actually had to be negotiated, and statehood prepared. The contrast with the diplomatic efforts of the Jewish Agency, the para-state that paved the way for the creation of Israel, could not have been more striking—nor could the similarity to the poorly coordinated diplomatic efforts of the Palestinians before 1948.”*

Es ist das Hauptverdienst des Autors, dass er mit seinem Buch eine Bestandsaufnahme der arabisch-palästinensischen Politik seit der britischen Mandatszeit vorgelegt hat, die in dieser Systematik bislang ein wissenschaftliches Desiderat geblieben war. Darüber vergisst er nicht die kritische Beleuchtung der britischen Mandatsmacht sowie des zionistischen Establishments und spart auch die „Haifischgewässer“ in der arabischen Welt nicht aus, in denen die grundlegenden Bedingungen der palästinensischen Existenz nach 1948 ignoriert wurden, welche ideologisch die palästinensische Nationalbewegung weiter belasteten und strategisch notwendige Klärungen verhinderten. Warum, fragt der Autor, würden militante Gruppen israelische Zivilisten töten, wenn die Palästinenser mit Israel in den Grenzen von 1967 Frieden schließen wollten, statt die Besatzung zu bekämpfen? Stattdessen gefielen sich die Palästinenser in der neuen Rolle eines Opfers, das mit dem entsprechenden israelischen Exklusivitätsanspruch in Konkurrenz trat. Während die Gleichung Hitler = Arafat, „ Hamas“, „al-Qaida“ und Iran in der internationalen Politik auf fruchtbaren Boden fiel, verfiel sich die PLO, so Khalidis Fazit, in eigenen Fallstricken, die innenpolitisch zu ihrer Delegitimierung beitrugen und den Aufstieg der Islamischen Widerstandsbewegung förderten.

Zum Schluss: Khalidi kritisiert Neigungen, das historiographische Übergewicht auf die politische Geschichte zu Lasten der Wirtschafts-, Sozial-, Kultur- und der Ideengeschichte zu legen. Er selbst kann hierbei nur bedingt Abhilfe leisten. In den Medien und dem Kanon der Palästina-Wissenschaft fehlen trotz des Konflikts mit dem Zionismus und dem Staat Israel die sektoral zugeschnittenen Spezialisierungen. An anderer Stelle hat der Autor darüber Klage geführt, dass der öffentliche Diskurs in den USA über die Außenpolitik generell dem kleinsten gemeinsamen Nenner

folge und eher auf schlecht informierte Wortführer denn auf Personen höre, die darüber Bescheid wissen<sup>6</sup>.

Dieser Befund hat zu Khalidis Ansatzpunkten gehört, diese Barrieren zu überwinden und eine auf Informationen sich stützende Debatte über die US-Politik im gesamten Nahen Osten zu initiieren. Wenn die Anzeichen nicht trügen, dürften die Engführungen bald der Vergangenheit angehören. Die Zahl der wichtigen Veröffentlichungen hat in den vergangenen Jahren ständig zugenommen. An den Colleges und Universitäten werden heute trotz mancher Widerstände Bedürfnisse befriedigt, Forschung und Lehre zur Geschichte und Gegenwart des Nahen Ostens breiter anzulegen als bisher. Beigetragen dazu hat mit Gewissheit der öffentliche Unmut über George W. Bushs Außenpolitik, mehr im Irak als gegenüber Israel/Palästina.

Deutsche Hochschulen stehen da noch am Anfang, die Zentren der den Parteien nahestehenden Stiftungen üben sich aus Gründen einer bisweilen schwer verständlichen Loyalität und der Furcht, äußerem Druck ausgesetzt zu werden, in Zurückhaltung, während ihre Außenstellen vor Ort täglich mit den „facts on the ground“ konfrontiert sind, an denen sie nicht vorübergehen können. Bedauerlich wäre zudem, wenn die Einwerbung von Drittmitteln auf politische Abhängigkeiten hinauslaufen würde. Informationen aus England deuten darauf hin, dass finanzielle Leistungen aus den Golfstaaten mit entsprechenden Erwartungen verknüpft sind. Die Abwendung arabischer Staaten, die wie Qatar und die Vereinigten Arabischen Emirate über gewaltige Exporterlöse aus Ölgeschäften verfügen, von den USA durch die Ingangsetzung eigener diplomatischer Initiativen<sup>7</sup> könnte auch auf den amerikanischen Wissenschaftsbetrieb mit Versuchen durchschlagen, ihn einer Umorientierung zu unterziehen.

---

<sup>1</sup> So Yitzhak Ben-Zvi in seinem Buch „The Jews in Their Land“, zit. von Shlomo Ben-Ami: Scars of War, Wounds of Peace. Oxford 2006, S. 4.

<sup>2</sup> An ‚Idiot Wind‘, in „Washington Post“ 31.10.2008, A 18.

<sup>3</sup> In diesem Sinne hat sich Khalidi erneut in einem Interview geäußert: Akiva Eldar: Obama’s ‚Palestinian friend‘ laments catastrophic U.S. policy in Mideast, in „Haaretz“ 05.12.2008. Der Text des Interviews findet sich in der Menüleiste „Chronologie“ in dieser Homepage unter dem angegebenen Datum.

---

<sup>4</sup> Zitiert nach der Einleitung der von Max Kreutzberger herausgegebenen Aufsatzsammlung Gustav Landauers: Der Zionismus im Wandel dreier Jahrzehnte. Tel Aviv 1937, S. 39.

<sup>5</sup> Die Zahl entnehme ich dem Buch von Walid Khalidi: Before Their Diaspora. A Photographic History of the Palestinians 1876–1948. Washington, D.C., 1984, S. 218.

<sup>6</sup> Rashid Khalidi: Resurrecting Empire. Western Footprintings and America's Perilous Path in the Middle East. Boston 2004, S. VII ff.

<sup>7</sup> Carnegie Endowment for International Peace, 16 July 2008: Arab diplomacy contradicts U.S. policy, U.S. lacks leverage over Arab allies.

*Reiner Bernstein*  
*Ende 2008*